

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannsgasse 33.
Besprechstunden der Redaction:
Dienstag 10—12 Uhr.
Mittwoch 4—6 Uhr.

Wann immer der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserat an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Feiertagen früh bis 1/9 Uhr. In den Fällen für Zus. Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Markt 29/30, Katharinenstr. 18, p. nur bis 1/8 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,500.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl., incl. Frangirung 5 Rthl., durch die Post bezogen 6 Rthl. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 36 Pf. mit Postbeförderung 46 Pf. Inserate 50 Pf. Zeitungs 30 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Rechnungen unter dem Redactionsstrich die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Postung pränumerando oder durch Postwechsel.

№ 319.

Freitag den 15. November 1878.

72. Jahrgang.

Kunstgewerbliche Ausstellung zu Leipzig.

Diejenigen Fabrikanten unseres Bezirks, deren Production sich auf das kunstgewerbliche Gebiet erstreckt, werden hierdurch auf die im Jahre 1879 hier abzuhaltende kunstgewerbliche Ausstellung aufmerksam gemacht und zu reger Theilnahme aufgefordert.

Formulare zur Anmeldung, welche möglichst bald und längstens bis Ende December d. J. erbeten wird, und Exemplare der **Ausstellungs-Ordnung** können auf unserem Bureau, Neumarkt 19, 1. unentgeltlich in Empfang genommen werden. Leipzig, den 8. November 1878.

Die Handelskammer.
J. C. Eichorius,
in Stellvert. Dr. Gensel, S.

Bekanntmachung.

Auf dem Kreale des ehemaligen Kohlenbahnhofs und des früher Wagner'schen Grundstücks sollen Schuppen III. Classe herabgesetzt und diese Arbeiten an einen Unternehmer in Accord vergeben werden. Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau, Rathhaus Zimmer Nr. 18, aus und können dieselben eingesehen resp. entnommen werden. Besigliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

Schuppen auf dem Kohlenbahnhof betreffend versehen ebenfalls und zwar bis zum 7. December d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen. Leipzig, am 12. November 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georl. Richter.

Bekanntmachung.

Die für heute zum Besten des Theater-Pensions-Fonds angeordnete Vorstellung der Oper „Norma“ findet am heutigen Tage nicht statt, wird vielmehr erst im Laufe der nächsten Woche gegeben werden. Leipzig, den 15. November 1878.

Der Verwaltungsrath des Theater-Pensions-Fonds.

Bur Lage.

Berlin, 13. November. Die friedliche Wendung, welche die orientalischen Angelegenheiten nehmen, wird hier einfach auf die energische Politik des deutschen Reichsanzlers zurückgeführt. Er hat sowohl in Livadia wie in London Rundgebungen des Willens unseres Kaisers veranlaßt, welche die Nichtanführung des Berliner Vertrages als eine schwere Verletzung der Würde und des Ansehens der deutschen Regierung darlegten. Als zweites zwingendes Moment für die conciliatorischen Schritte Schuwaloff's in Oesterreich-Ungarn wird hier die Finanznoth in Russland in Betracht gezogen. Was immer von russischer Seite dem entgegen geäußert wird, erweist sich in hiesigen finanziellen Kreisen, die mit unserer Regierung hülfslos haben, als ungtreffend gegenüber der Thatsache, daß für eine Kriegsanleihe im Auslande der Petersburger Finanzminister keinen Credit gefunden hat. Ferner ist Russland durch zwei wichtige Vorgänge zur Rückgabe resp. zur ersten Ausführung des Berliner Vertrages bestimmt worden, erstens durch die Neigung Englands, in der Kriegsentlassungsfrage finanziell zu Gunsten der Türkei zu interveniren; zweitens durch die Besorgnis, seine militärische Position in der europäischen wie in der asiatischen Türkei zu gefährden, wenn die projectirte türkische Abtretung Bosniens und der Herzegowina an Oesterreich-Ungarn zu Stande kommt. Wie heute verlautet, wird Graf Schuwaloff auf seiner Reise nach London mit dem Fürsten Bismarck in Friedrichstraße conferiren.

Während die amtliche Provinzialcorrespondenz heute den Kampf gegen die Centrumpartei fortsetzt, bringt der Telegraph aus Rom die Kunde, daß die aus Deutschland ausgewiesenen Bischöfe in einem Gutachten über die Unterhandlungen mit der preussischen Regierung den Wunsch ausgesprochen haben, daß man zu einem „billigen Uebereinkommen“ gelangen möge. Die Fassung des Telegramms läßt freilich noch sehr der Deutung Raum, auch bedarf seine Authentizität erst noch der Bestätigung. Er folgt diese aber, so gewinnt der Ausgleich mit Rom sehr viel an Wahrscheinlichkeit. Wenn selbst die abgeordneten Bischöfe an die preussischen Propositionen den Wunsch nach einem günstigen Abschluß der Verhandlungen knüpfen konnten, so ist nicht anzunehmen, daß der Friedensschluß in der römischen Curie noch ein unüberwindliches Hinderniß finden werde. Andererseits wäre nur noch die Frage, ob nicht der preussische Landtag dem Uebereinkommen entgegengetreten würde. Dies ist indeß, wenn sich der Friedensschluß wirklich am der Linie hält, welche das Organ der Regierung soeben erst durch die Erinnerung an eine frühere Rede des Reichsanzlers bezeichnet, nicht zu befürchten. Der Friede mit Rom wird aber noch keineswegs der Friede in unseren eigenen Grenzen sein. Der Kampf gegen die Centrumpartei wird durchgeführt werden müssen bis ans Ende; denn kein Gesandter, auf dem Grundsatze der Parität beruhender Staat kann eine Partei dulden, welche die politischen Dinge nach confessionellen Gesichtspunkten zu regeln beansprucht.

Wir erhalten noch folgende Information: „Guten Besuchen nach enthält nicht nur das von den ausgewiesenen Bischöfen an den Vatican gerichtete Memorandum das Programm, welches zu einem friedlichen Uebereinkommen zwischen Staat und Kirche führen könnte, sondern es sollen auch

von den noch im Amte befindlichen Kirchenfürsten jene Punkte ergänzt worden sein, auf die besonderer Werth gelegt wird. In ultramontanen Kreisen wird immer noch entschieden in Abrede gestellt, daß der Heilige Vater die vom Fürsten Bismarck gestellten Grundlagen für die Friedensverhandlungen bereits angenommen habe. Man giebt nur zu, daß von beiden Seiten die Verhandlungen in Fühl gekommen sind, seitdem Herr v. Reubell nach Rom zurückgekehrt ist.“

Politische Uebersicht.

Berlin, 14. November.
Bei dem Empfang der städtischen Deputation von Wiesbaden äußerte sich Se. Majestät der Kaiser nach authentischer Mittheilung höchst anerkennend über den freundlichen Empfang, der ihm bereitet worden sei, er sei angenehm überrascht durch den wohlwollenden Empfang, besonders habe ihm der schöne Choral gefallen und das, was in der Rede gesagt worden sei, habe ihm wohlgethan. Se. Majestät gedachten sodann der trübten Tage, die er in jüngerer Zeit habe durchleben müssen, er habe aber nicht sowohl ein Schmerzenslager als ein Geduldslager überstanden; er habe sich in so guten Händen befunden, daß er nicht dankbar genug für die ihm geleistete ärztliche Hilfe sein könne. Am meisten habe es ihn gefreut, daß er aus seiner Thätigkeit herausgerissen worden, er hoffe aber, dieselbe bald wieder aufnehmen zu können. Zu bedauern wäre es, daß in unserem Volke solche Verzerrungen hätten möglich sein können. Die allgemeine Theilnahme habe seinem Herzen wohlgethan. Auf allen Theilen Deutschlands und auf allen Weltgegenden, wo nur Deutsche wohnen, seien ihm Beweise der Theilnahme zugekommen. Auf den Wiesbadener Aufenthalt übergehend, bemerkte Se. Majestät, daß er auf Anrathen der Ärzte nach Wiesbaden gekommen sei, um die mildere Luft zu genießen.

Zu den Verhandlungen Deutschlands mit dem Vatican meldet der Londoner Standard aus Rom: Man versichert, daß der Vatican Deutschland die Concession machen will, den Bischöfen zu erlauben, ihre Ernennung den bürgerlichen Behörden anzuzeigen. Wahrscheinlich wird der Vatican auch einwilligen, die Schwierigkeiten bezüglich der Bischofsnennungen auszugleichen, indem er sich verpflichtet, einen von drei von der Regierung vorgeschlagenen Candidaten zu ernennen. Einen äußerst bemerkenswerthen Verlauf nahm eine am Montag Abend abgehaltene Versammlung der fortschrittlichen Wähler des ersten Berliner Reichstagswahlkreises. Der Abgeordnete dieses Kreises, Herr Ludwig Löwe, sprach über den bevorstehenden Parteitag der Fortschrittspartei. In hohem Grade interessant ist nun, was er da über die Haltung der Fortschrittspartei zum Culturkampf sagte:

Der Rückgang der Fortschrittspartei im Lande, so meinte er, und die Erdüsterung seiner Ursachen sollen den Hauptzweck des Parteitages bilden. Dieser Rückgang erkläre sich nicht etwa aus der freisinnigen Haltung der Partei in allen politischen Fragen, die während der letzten Jahre zur parlamentarischen Verhandlung kamen, sondern weit eher aus dem Umfange, daß die Partei auch mancherlei, an sich natürlichen und begrifflichen Verdächtigungen sich zur Theilnahme am Culturkampf hinreihen ließ. Die Regierung konnte ganz wohl der Fortschrittspartei zurufen: Ihr habt ja für Ausnahmestellung im Culturkampf gekämpft, warum jetzt auf einmal die heilige Prinzipienvertheidigung, da es sich um Ausnahmestellung gegen die Socialdemokratie handelt! — Dieser Irrthum der

Fraktion habe able Folgen gehabt. Die Fortschrittspartei brauche ihr Programm nicht zu ändern, sie müsse es nur jetzt und allezeit unwandelbar fest und treu befolgen.

Eine lebhaftere Debatte knüpfte sich — so meldet die „Nat.-Ztg.“ — an diese Reuekung der fortschrittlichen Abgeordneten, und namentlich ein Herr Dr. Jacobson affilirte Herrn Löwe bei Vertretung dieser Ansichten. In der Form weit schärfer, als Herr Ludwig Löwe, tabelte er die bisherige Haltung der Fortschrittspartei im Culturkampf und gab dieser Haltung Schuld an dem Mißerfolge der Partei bei den Wahlen. — Es mag ja wohl sein, daß einige ultramontane Wahlkreise, in denen ehemals fortschrittliche Abgeordnete gewählt wurden, in Folge der Betheiligung der Fortschrittspartei am Culturkampf sich von derselben abgemant und nunmehr specifische Centrumsleute gewählt haben. Wir glauben aber doch, daß es eine Täuschung ist, den Mißerfolg der Fortschrittspartei in den Wahlen der letzten Jahre lediglich auf diesen Umstand zurückzuführen zu wollen; die Ursachen des Rückgangs liegen tiefer und liegen unserer Ansicht nach ganz wo anders. Wenn die Fortschrittspartei jetzt etwa, wie man nach den obigen Andeutungen beinahe schließen sollte, durch eine Verdrängerung mit dem Centrum ihre ehemalige Größe wieder zu erobern denkt, so fürchten wir sehr, daß sie, was sie etwa durch den äußeren Zuwachs an Mitgliedern gewinnen könnte, doppelt und dreifach an moralischem Einfluß verlieren wird.

Eine Meldung des „Daily Telegraph“ aus Pera will wissen, die Flotte hätte eine Rectification der griechischen Grenze im Principe angenommen und wäre dem griechischen Gesandten eine Ernennung von Delegirten vorgeschlagen worden.

Nach einem Reuterschen Telegramme sind die Fundamentalphunkte des von der Flotte acceptirten Reformplanes für Kleinasien folgende:

- 1) Bildung der Gendarmerie, wie sie von England stipulirt ist. Dieselbe wird durch europäische Officiere organisiert und nach von der Flotte entworfenen Regulativen, die auf den besten europäischen Vorbildern basiren, verwaltet. Die Flotte ernannt den Centralverwaltungsrath für die Gendarmerie, dem europäische Officiere beizugeben sind.
- 2) Den Punkt des englischen Reformplanes, betr. die Reorganisation der Rechtspflege, hat die Flotte modificirt. Englands Vorschlag ist, daß europäische Richter den Klaffen jeden Bijlets beizugeben sind. Obwohl die Flotte principieil nicht gegen diese Anordnung ist, wendet dieselbe doch ein, daß es schwierig wäre, europäische Richter zu finden, welche mit den orientalischen Sprachen und dem türkischen Recht vertraut genug wären, um diese Posten auszufüllen. Die Flotte proponirt, für jedes Bijlet zwei Inspectoren zu ernennen, wovon einer ein Europäer dessen Aufgabe es sein würde, von District zu District zu reisen, Beschwerden gegen Richter entgegenzunehmen, Gefängnisse zu besuchen und allgemein darauf zu sehen, daß Gerechtigkeit geübt wird. Der zweite Inspecter würde sein Adjunkt.
- 3) Die Flotte acceptirt die Finanzreorganisation, wie England sie vorschlägt, wobei sie indeß hervorhebt, daß dieselbe vorläufig nur in ein oder zwei Provinzen ausführbar sei, und daß die vollständige Durchführung des Planes, sowie anderer Reformen von den erforderlichen Finanzmitteln abhängen. Die Flotte übernimmt indeß, sofort den Gehältern abzusprechen und statt derselben das System der Bodenbesteuerung einzuführen. Dazu sollen europäische Controlleure ernannt werden, sobald die Finanzen es erlauben.
- 4) Der Sultan willigt ein, daß die Amtszeit der Balis und Finanzinspectoren mindestens fünf Jahre sein soll und daß dieselben nur nach Ablauf dieser Zeit oder aus Staatsgründen, in Folge Verbrechens oder aus gemeine Recht, oder auf eigenen Wunsch ihres Postens entbunden werden können.

Korbweiden-Auction.

Montag den 18. November a. c. sollen von Vormittags 10 Uhr an im Burgauer Forstrevier am neuen Schützenhaus ca. 1800 Gebund Korbweiden unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen und gegen sofortige Bezahlung nach dem Aufschlage an den Preisbietenden verkauft werden. Zusammenkunft: am neuen Schützenhaus. Leipzig, am 9. November 1878.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Die nächste Neujahrsmesse beginnt mit dem 2. Januar und endet mit dem 15. Januar 1879. Eine so genannte Vorwoche, d. h. eine Frist zum Auspacken der Waaren und zur Eröffnung der Respective vor Beginn der eigentlichen Messe, hat die Neujahrsmesse nicht. Leipzig, den 12. November 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georl. Messerschmidt.

Bekanntmachung.

Der Entwurf des Regulativs für die Gemeindeanlagen der Stadt Leipzig nebst dem Einkommensteuergesetz vom 2. Juli d. J. ist von uns in Druck gegeben worden und werden Exemplare desselben zum Preise von 30 Pf. pro Stück in unserer Sportelcasse abgegeben. Leipzig, den 14. November 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georl. Messerschmidt.

Bekanntmachung.

Die Liste der auf Grund geschehener Anmeldung zur Ergänzungswahl himmerechtigten Mitglieder der Neutürkischen Parochie ist nach hatterhabter Prüfung zum Behuf etwaiger Reclamationen öffentlich in der Expedition der Neutürken vom 14. bis 16. November ausgelegt. Leipzig, den 13. November 1878.

Der Kirchenvorstand der Neutürken.
Dr. Georl.

Man betrachtet auch in Paris die Situation im Orient in einem weniger alarmirenden Sinne, seitdem Russland auf die letzte Griechenland betreffende Circulardnote Waddington's die Versicherung gegeben, daß es alle Stipulationen des Berliner Vertrages inne halten werde. Die plötzliche Rückkehr Schuwaloff's nach Pest wird gleichfalls als ein günstiges Symptom für die Intentionen Russlands angesehen.

Bur Affaire Werner-Stosch.

Die „Hamburger Börsehalle“ bringt einen bezeichnenden Beitrag zu der Angelegenheit Werner-Stosch und die „Nat.-Ztg.“ macht durch den Abdruck denselben zu dem ihrigen. Bei dem peinlichen Aussehen, das diese ganze Angelegenheit macht, glauben wir, dem Leser das Thatsächliche aus jenen Mittheilungen nicht vorenthalten zu dürfen. Die „Hamburger Börsehalle“ schreibt also:

Bei einer Reise, welche den Chef der Admiralität nach Kiel führte, ließ er sich bei seiner Ankunft auf dem Kieler Bahnhofe von seiner Aufregung dazu hinreißen, den ihn dienlich in Begleitung mehrerer anderer Officiere empfangenden Komiral Werner in Gegenwart mehrerer Journalen aus dem Cioil in lauter Weise mit einer Anzahl von Worten zu überschütten. Der Chef der Admiralität beabsichtigte nämlich den Admiral der Urberenschaft jenes Artikels in der „Deutschen Revue“, trotzdem der Admiral diese Behauptung entschieden abgelehnt hatte, und es konnte für die Journalen keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß der Chef der Admiralität geradezu die Wahrheitsliebe des Admirals anwesende. Wie peinlich der Eindruck des Ganzen war, geht wohl am besten daraus hervor, daß die beauftragten Officiere den Bericht machten, das weitere Bekanntwerden zu verhindern, was aber angesichts des Umfanges, das auch andere Oehren zugehört hatten, nicht gelingen konnte. Für den Admiral Werner blieb nach diesem Vorgange nur Eins möglich: er legte sofort seine dienstlichen Functionen nieder und erbat sich wiederholt die allerhöchste Entschuldung über sein bereits früher eingereichtes Auftrittsgeheim. Das Entlassungsgesuch wurde, wie bekannt, an höchster Stelle ohne Weiteres genehmigt, und die „Hamb. Börsehalle“ erwähnt, daß General Stosch, wie seiner Zeit von uns nach der „Nat.-Ztg.“ schon mitgetheilt wurde, in seinem zum Entlassungsgesuch des Admirals Werner an den Kronprinzen gerichteten Gutachten ausdrücklich hervorgehoben habe, der Admiral entwicke nicht bloß eine ausgedehnte literarische, sondern auch specieil journalistische Thätigkeit. Der Marineminister hätte ferner betont, daß auffälliger Weise die Presse öfter Nachrichten über Marine-Angelegenheiten gebracht habe, die entweder gar nicht zur Publication geeignet oder doch zur Veröffentlichung noch nicht reif gewesen seien. Wie kommen, fragt die „Hamb. Börsehalle“, diese Angaben über den Inhalt des von Herrn v. Stosch dem Kronprinzen überreichten Gutachtens in die Oeffentlichkeit anders als durch das Zutun oder doch wenigstens mit der Erlaubnis des Chefs der Admiralität? Daß der Kronprinz selbst die obigen Mittheilungen der „Nat.-Ztg.“ habe zugeben lassen, wird wohl schwerlich Jemand glauben, und so bleibt Herr v. Stosch und dessen Umgebung als die einzige Quelle zurück, aus welcher sich die absichtlichen Indiscretionen ableiten lassen. Ist das keine journalistische Thätigkeit? Nehmen wir noch einen Vorgang hinzu, über den wir lieber geschwiegen hätten, den wir aber jetzt nicht länger zurückhalten wollen. Die in Kiel stationirten Marine-Officiere hatten nämlich die Absicht gefaßt, ihrem scheidenden Admiral in einem gemeinsamen Abschiedsessen einen Beweis ihrer Hochachtung und Kameradschaftlichen Gesinnung zu geben, wie derselbe in ähnlichen Fällen bei dem Auscheiden höherer Officiere aus dem Dienst stets üblich gewesen ist. In diesem Falle aber ist den Officieren durch Einschießen von oben die Ausführung dieser Absicht verwehrt worden.